Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 10

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

blem: Chauffeure und Kutscher pflegen, wenn sie unbewacht sind, ansehnliche Prozentsätze «abzuzweigen» und zu verkaufen. Will ein Arbeiter nicht betrogen werden, muss er einen freien Tag der Transportüberwachung opfern, und wirklich freie Tage sind infolge der Kollektiverholung ein neues Problem. Die Lagerung von Heizmaterial ist schliesslich auch nicht einfach: der grössere Teil des beschränkten Kellerraumes ist für Luftschutz reserviert und hat leer zu bleiben.

Es bleiben die kostenlosen Freizeitvergnügen und Ferien. Selbst wenn man die zahlreichen obligatorischen Anlässe als materiellen Wert gelten lässt (dazu sei immerhin der umgekehrt liegende Fall einer Schweizer Gewerkschaft erwähnt, die für eine obligatorische Betriebsaussprache mit gespendetem Essen Ueberstundentarife verrechnete) wird man in der Summierung doch dazu kommen, dass sich der sowjetische oder volksdemokratische Arbeiter materiell weniger leisten kann als sein westlicher Kollege. Nicht nur ist der Lohn minim, auch der Reallohn ist kleiner.

Das inoffizielle Programm

Der Lohn gilt aber nur für die Normalarbeit. Nun aber gibt es noch zusätzliche unbezahlte Arbeit, die im «Dienste der Gesellschaft» geleistet wird und freiwillig genannt wird. Es kann sich um «Aufbautätigkeit» in öffentlichen Anlagen, Sportstadien und dergleichen handeln, um Aktivistentätigkeit in der Partei, um Kontroll- und Ueberwachungsaufgaben bei unbefriedigenden Elementen (das wird «Erziehung» und «Dienst am Kollegen» genannt), um Mitwirkung bei öffentlichen Veranstaltungen und deren Vorbereitung. Die «Freiwilligkeit» bezieht sich bis zu einem gewissen Grad auf die Wahl des Betätigungsfeldes, aber als verbindliche Regel gilt ganz offiziell: Jedermann muss gesellschaftliche Arbeit leisten.

Ein Sonderfall der gesellschaftlichen Arbeiten hat allerdings seine positive Seite: die berufliche Weiterbildung. Das Regime fördert sie aus Machtinteresse, aber sie kommt immerhin dem Arbeiter zugute. Das ist auch die positive Seite der sonst durchwegs ausbeuterischen «kommunistischen Arbeiterbrigaden». Neben der unbezahlten Arbeit im Dienste des Systems erhält der Werktätige in dieser Organisation normalerweise die Möglichkeit, einen zweiten Beruf zu erlernen.

Was gilt der Arbeiter ?

Wird der Arbeiter in materieller Hinsicht ausgebeutet, so wird er als Gesellschaftsträger nach einer freiheitlichen Auffassung geradezu verhöhnt:

Er, der als Mitglied des Proletariates nominell die Diktatur ausübt (die Parteispitze besorgt das «in seinem Interesse») wird in einer Weise bevormundet, die weder seinen persönlichen noch seinem Klasseninteresse den geringsten Spielraum lässt. An den obligatorischen Film- und Fernsehveranstaltungen wird er beständig im Parteisinne «erzogen». Im Klub (diese Einrichtung zur Freizeitkontrolle kennt man überall) hat er an «Diskussionsabenden» und «Seminarien» die Anregungen der Partei entgegenzunehmen. Im Kollektiv wird er von Agenten und ihren aufgebotenen Helfern ununterbrochen bespizelt. Dazu aber leistet sich das System noch den besonderen Hohn, seine Wünsche herauszufordern und zu beachten. Sie haben sich auf solche Dinge zu beziehen wie vermehrte Aufbauarbeit oder vermehrte Kritik innerhalb des Arbeitskollektivs. Es genügt nicht, dass der Arbeiter Ausbeutung und Erniedrigung erfährt, er muss sie auch aktiv befürworten. Sonst wird sein Verhalten als gesellschaftsfeindlich bewertet.

Wirtschaft

Ostblock

Einheitsöl aus Kuibischew

Unter den Projekten der keineswegs reibungslos fortschreitenden Wirtschaftsintegration des Ostblocks nimmt der Ausbau der Erdölversorgung eine Vorrangstellung ein. Die Erdölleitungen von der Sowjetunion in die Satellitenstaaten werden im Unterschied zu zahlreichen anderen Vorhaben plangemäss vorangetrieben und dürften in einigen Jahren das Bild einer östlichen Energiewirtschaft auf gemeinsamer Grundlage weitgehend bestimmen. Von den Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon), dem neben der Sowjetunion die europäischen Volksdemokratien Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, die SBZ (und nominell noch immer Albanien) angehören, sind die meisten für ihre Erdölversorgung auf Importe angewiesen. Die Lösung des Nachschubproblems stellt nun die Comecon-Pipeline dar, die in ihren Hauptadern das Oel nach der SBZ und der Tschechoslowakei führen wird, von wo aus auch Ungarn seinen Anschluss erhält. Unsere Karte gibt über den Verlauf der Leitungen Aufschluss. In der Sowjetunion sind beträchtliche und schwierige (Bergübergänge) Teilstücke bereits gelegt, der Bau in den Satellitenstaaten ist begonnen worden und wird vor allem dieses Jahr in möglichst beschleunigtem Tempo fortgesetzt. Am Ende des Siebenjahresplanes 1965 würden Polen, Ungarn, die CSSR und die SBZ (Rumänien ist selbst Erdölproduzent — siehe KB Nr. 8) insgesamt 15 Millionen Tonnen aus der Sowjetunion erhalten und 1970 laut Perspektivplan sogar 22 Millionen Tonnen. Die Rohrleitungen von einem Meter Durchmesser sollen aber über eine jährliche Förderkapazität von 40 bis 50 Millionen Tonnen verfügen.

Die Gesamtlänge der Comcon-Pipeline vom sowjetischen Erdölzentrum Kuibischew bis zu den Endprodukten der verschiedenen Abzweigungen beträgt nahezu 5000 km.

Eng verbunden mit dem Werden der Comecon-Pipeline ist der Bau der östlichen erdölverarbeitenden Industrie, die ihrerseits eine wichtige Basis für den Produktionsausbau darstellt. Etliche Raffinerien sind entlang der grossen Stränge bereits entstanden, eine Mehrzahl wird in den nächsten Jahren den Betrieb aufnehmen und zumeist — wenn alles planmässig verläuft — nach 1965 auf volle Leistung kommen.

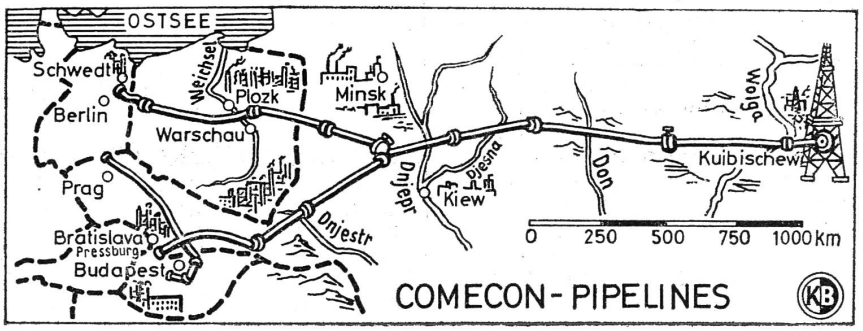
Die Frage, wie schnell die Comecon-Pipeline beendigt werden kann, ist nicht zuletzt eine Frage des Materials für die Rohrleitungen. Letztes Jahr konnte die UdSSR davon viel zu wenig aus eigenen Mitteln herstellen und behalf sich mit Importen aus westlichen Ländern und Japan. Als Gegenleistung wurde gern sowjetisches Oel in Aussicht gestellt.

Das ist denn auch der zweite Aspekt der Comecon-Pipeline. Sie stellt den potentiellen Anschluss an Westeuropa her und bereitet eine entscheidende Stärkung der sowjetischen Oeloffensive auf dem Weltmarkt vor. (Als Transitland nach Italien ist die Schweiz vorgesehen.) Die angestrebte Abhängigkeit der verschiedenen Staaten vom sowjetischen Lieferanten wird durch einen besonderen Umstand verstärkt; das sowjetische Oel ist sehr schwefelhaltig und benötigt speziell eingerichtete Raffinerien. Diese sind dann darauf angewiesen, weiterhin das gleiche Oel zu erhalten. Das erklärt auch, weshalb Raffinerien in der «Entwicklungshilfe» der Sowjetunion und der Volksdemokratien überall an prominenter Stelle figurieren. Die Abhängigkeit vom Rohstoffnachschub soll zu einer wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit von der Sowjetunion ausgeschlachtet werden.

Der Kampf um die Absatzmärkte wird auch sonst energisch betrieben. Indien erhält sowjetisches Erdöl zu Dumpingpreisen mit der zusätzlichen Erleichterung, in der einheimischen Währung, das heisst in Rupien, bezahlen zu können. In Japan wurde das Angebot unter anderm dadurch verlockender gestaltet, dass sich die UdSSR zum Kauf von japanischen Tankern vertraglich verpflichtete. Diese werden natürlich ebenfalls in den Dienst der Erdöloffensive gestellt, so dass es sich tatsächlich um einen Fall von erfolgreicher «Fünfer-und-Weggli-Politik» handelt.

Die grossen sowjetischen Erdölreserven werden jetzt beschleunigt ausgebeutet. Betrug die Jahresproduktion der Sowjetunion 1959 (Beginn des Siebenjahresplanes) noch 130 Millionen Tonnen, so liegt sie jetzt bei gut 150 Millionen Tonnen und ist bis 1965 auf 240 Millionen Tonnen veranschlagt. Der Anteil der sowjetischen Erdölförderung an der Weltproduktion beträgt etwa 15 Prozent.

Ende Januar dieses Jahres fand in Prag eine Comecon-Konferenz über die Verarbeitung des schwefelhaltigen, paraffinierten Erdöls aus dem Gebiet von Kuibischew statt.



Landwirtschaft

Bulgarien

Das alte Manko

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der bulgarischen KP, T. Schiwkoff, gab am 12. Februar 1962 in Sofia in einer Rede folgende Schilderung über die wirtschaftliche Lage des Landes:

«In der letzten Zeit fehlt es an Eelektroenergie. Das ZK der Partei und die Regierung haben ernste Massnahmen ergriffen, um rasch neue Kraftwerke zu bauen. Man darf aber nicht warten bis sie fertig sind, sondern muss sofort wirksame Schritte untenehmen. In allen Städten, Dörfern, Werken, Wohnhäusern hat ein entschlossener Kampf um sparsames Wirtschaften mit Strom geführt zu werden. Jeder Bürger, jeder Arbeiter muss für den Verbrauch jeder einzelnen Kilowattstunde Strom Rechenschaft ablegen. Das ist eine unserer Aufgaben.

Was für andere Schwierigkeiten gibt es in unserem Leben? — Auf unseren Märkten mangelt es an Lebensmitteln und Verbrauchsgütern. Was muss unternommen werden, um den Mangel an Fleisch und anderen tierischen Produkten zu beheben? Wo liegt die Hauptursache dieses Mankos? Im Futtermitteldefizit! Bei uns wird die Grundlage unserer Futtermittel — die Maiskultur — vernachlässigt. Viele führende Agrarfunktionäre verspotten sie sogar.

Es fehlen viele Waren für die Bevölkerung. Sie sucht Möbel, hochwertige Stoffe, Elektrogeräte, Fernsehapparate, Personenwagen und eine Reihe anderer Verbrauchsgüter. Aber auf dem Markt gibt es sie nicht in ausreichenden Mengen. Es fehlen uns derzeit Rohstoffe und andere Materialien. Das Vorhandene wird auch noch qualitativ schlecht verarbeitet. Viele unserer Unternehmen erzeugen, statt der Bevölkerung neue Waren zu liefern, «Trödlerwaren» ...

Die Zeit ist gekommen, diesen Produzenten zu sagen: Schluss mit der Herstellung von «Trödlerwaren»! Gebt uns neuwertige, qualitativ gute Produkte, die den Bedürfnissen des bulgarischen Volkes entsprechen ... Das Binnenhandelsministerium macht von seinem Recht auf Qualitätskontrolle ungenügend Gebrauch. Im Vorjahr hat es den Ankauf von Waren bei nur zwei Unternehmen verboten. Hätten aber nur zwei Unternehmen «Trödlerwaren» erzeugt, wäre dies höchst zufriedenstellend gewesen. Leider ist dies jedoch nicht der Fall. Von dieser hohen Tribüne appelliere ich an die Produzenten und die Handelsangestellten: Erzeugt nur hochwertige Waren und erzeugt einen Kult des Kundendienstes! ...

Die Dienstleistungen an die Bevölkerung sind ebenfalls unzureichend ..., und zwar besonders in den Randbezirken von Sofia und anderen grossen Städten. Sehr oft werden diese Dienstleistungen von den Arbeitsgenossenschaften und Industriekombinaten nicht gewissenhaft durchgeführt. Die Bürger werden betrogen, sie bezahlen übersetzte Preise für Leistungen, deren Durchführung sehr lang dauert.

Trotz des stark entwickelten Wohnbaues entsprechen die diesbezüglichen Leistungen in den Industriestädten und anderen grossen Städten nicht dem Bedarf ...

Die Albanische Volksrepublik

Geschichte: Nach Ende der deutschen Besetzung im November 1944 riss die kleine kommunistische Minderheit unter General Enver Hodscha, dem heutigen Parteisekretär, die Macht unter brutalstem Terror an sich. Die provisorische Regierung wurde ein Jahr später von der Sowjetunion, den USA und Grossbritannien anerkannt. Im Dezember 1945 kommunistische Einheitswahlen und Proklamierung der Volksrepublik. 1948 Ausbruch der offenen Feindschaft mit Jugolsawien, im Zusammenhang mit Titos Denunzierung durch Stalin und die Kominform. Während sich Belgrad in der Chruschschew-Aera mit dem übrigen Ostblock wieder einigermassen aussöhnte (Beibehaltung einer revisionistischen Sonderstellung; u. a. nicht Comeconmitglied) verschärfte sich Titos Fehde mit Albanien (und China) weiterhin. Das albanische Regime trat nach 1956 (20. sowjetischer Parteikongress mit Entstalinisierung) immer deutlicher in Opposition zur Sowjetunion und lehnte sich gleichzeitig immer stärker an China an. Im Herbst 1961 wurde die albanische Führung am 22. Moskauer Parteikongress offiziell als stalinistisch und dogmatisch verurteilt. Es folgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Tirana und der Entzug der sowjetischen Wirtschaftshilfe. Somit ist Albanien weitgehend auf die chinesische Unterstützung angewiesen, ferner auf vermehrte Kontakte mit westlichen Ländern, von denen die Mehrzahl keine diplomatischen Beziehungen mit Albanien haben (USA und Grossbritannien brachen die Beziehungen 1948 ab).

In Budapest wurde ein Handelsprotokoll zwischen Ungarn und Albanien unterzeichnet. Es fällt laut albanischen Angaben unter das für 1961/62 bestimmte Handelsabkommen zwischen den beiden Ländern.

Radio Moskau hat mehr Sendungen in albanischer Sprache in sein Programm aufgenommen. Vor drei Wochen begann seine fünfte Tagessendung an Albanien — ein halbstündiges Programm mit Nachrichten und Kommentaren.

Innerhalb seines Landes und seiner Partei selbst führte Hodscha die blutigsten Säuberungen aller Volksdemokratien durch. Nahezu die gesamte kommunistische Führerschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit fiel durch Henkershand oder wurde wenigstens politisch kaltgestellt.

Verfassung: 1946 und 1950.

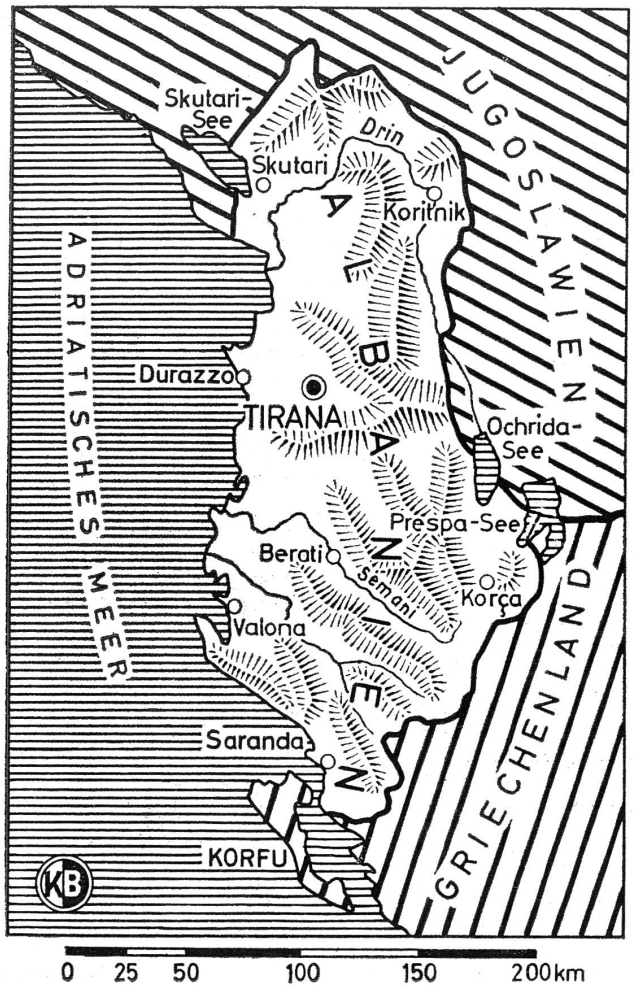
Regierungsform: Volksversammlung als Einkammerparlament. Wahl der Abgeordneten für vier Jahre. Regierungschef: Ministerpräsident Mehmet Schehu. Die KP führt den Namen «Partei der Arbeit». Hodscha als Erster Sekretär des Zentralkomitees regiert diktatorisch.

Fläche: 28 748 Quadratkilometer. Administrative Gliederung in 26 Distrikte und die Hauptstadt Tirana.

Einwohner: 1,6 Millionen. Die Bevölkerung besteht zu 99 Prozent aus Albanern; sehr kleine slawische und griechische Minoritäten.

Religion: Nach Herkommen rund 70 Prozent Mohammedaner, 20 Prozent Orthodoxe und 10 Prozent Katholiken.

Wirtschaft: Rückständig. Die Forstwirtschaft und Holzbearbeitung ist von Bedeutung. Die nicht sehr reichen Bodenschätze (immerhin grosse Bitumen-Vorkommen) werden nur zum Teil ausgebeutet. Exportgüter sind Tabak, Früchte (Oliven, Orangen, Trauben) und Viehzuchtprodukte. Die Planwirtschaft stützt sich in erster Linie auf das kollektivierte Agrarwesen. Die Industrialisierung ist weitgehend immer noch Projekt. Infolge des gebirgigen und sumpfigen Charakters sind nur 13 Prozent des Landes wirtschaftlich nutzbar.



Publizität

SBZ

Die faule Schweiz

«Zu allen Zeiten war das kleine Land im Herzen Europas berühmt wegen seiner traditionsreichen Demokratie — einer Demokratie, die vom Rütlischwur im 14. bis zur Verweigerung des Frauenstimmrechts im 20. Jahrhundert die mannigfaltigsten Blüten getrieben hat. Die Früchte sind freilich heute ebenso zerstochen, benagt und innerlich faul wie in jedem anderen bürgerlichen Staat. Und doch: Welch ein Land! Welch ein Volk! Welch eine Geschichte!» So heisst es in der Einleitung einer sowjetzonalen Veröffentlichung über unser Land. Tatsächlich: Welch eine Schweizer Geschichte, die nichts davon vernommen hat, dass die Eidgenossenschaft mit dem Zusammenschluss der drei Urkantone 1291 ihren Anfang genommen hat, also im 13. und nicht im 14. Jahrhundert. Es handelt sich um eine der vielen falschen Fakten, die eine durchwegs lügnerische Interpretation zieren.

Die 64 Seiten starke bebilderte Schrift ist letzten Herbst (Redaktionsschluss August 1961) erschienen, als Nummer einer vom Deutschen Friedensrat herausgegebenen Serie unter dem Titel «Land und Leute». Zur Behandlung gelangen monatlich verschiedene Länder des «sozialistischen» Lagers. Als Verfasser zeichnet ein Jürgen Paulson, dessen Legitimation immerhin darin besteht, dass er einmal besuchsweise in der Schweiz gewesen ist. Aber orientieren liess er sich teils nur aus kommunistischen Quellen, teils überhaupt nicht.

Das Heft enthält eine unsystematische Beschreibung des Landes, wie es der Vorstellung eines dialektisch knapp durchschnittlichen gebildeten und sonst herrlich uniformierten «Marxisten» neuerer Prägung entspricht.

Der fetzenweise historische Rückblick hat immerhin ein Leitmotiv: die koloniale Ausbeutungspolitik der alten Kantone gegenüber den früheren Untertanengebieten. Hauptbeispiel ist hier das Tessin, weil hier eine direkte Fortsetzung konstruiert wird, darin bestehend, dass die herrschende Deutschschweiz wirtschaftlich den südlichen Landesteil auch heute noch unterdrücke.

Im übrigen wird Schweizer Geschichte ganz in marxistischer Schülertheorie dargestellt. Das kommunistische Schulwissen wird den Ereignissen einfach angehängt, wie passend oder unpassend es sich immer ausnimmt. So sieht denn beispielsweise die Reformation in Zürich aus:

«Nach anfänglichen puritanischen Ueberspitzungen begann die Reformation ihre Früchte zu tragen. Oekonomische Früchte; denn da die Religion zum geistigen Ueberbau der Gesellschaft gehört, ist ein Umsturz der religiösen Anschauungen nichts anderes als ein Zeichen, dass die alten Religionsformen zum Hemmschuh der weiteren Entwicklung in der ökonomischen Basis der Gesellschaft geworden sind, und die Bestätigung grundsätzlicher Veränderungen im Charakter dieser Basis.»

Nun ist die dialektische Geschichtsmethode (Vorrang der wirtschaftlichen Entwicklung) eine der möglichen Geschichtsmethoden. Der Sowjetzonale kennt nicht einmal ihre Anwendungsmöglichkeit, sondern beschränkt sich darauf, einige ihrer Lehrsätze in möglichst anachronistischer Form zwischenhinein einzustreuen. Was allerdings die praktische kommunistische Geschichtsschreibung der einfachen Verleumdung anbetrifft, so wird sie etwas geschickter gehandhabt.

Die wirtschaftliche Lage der Schweiz wird mit den üblichen Klischees von «Monopolkapitalismus», «Börsenspekulation» und «amerikanischem Businessgeist» dargestellt. Auch der deviseneinbringende Fremdenverkehr und das Bankwesen («Geschäfte, die das Licht selbst der kapitalistischen Gesetze scheuen») erfahren die übliche Behandlung der kommunistischen Literatur. Wie das politische Leben der Schweiz gestaltet ist, erfährt man unter dem Titel: «Opposition im Nationalrat»:

«Es gibt in der Schweiz fünf Parteien: Die Radikaldemokratische («Freisinnige Demokratische») Partei, die einflussreichste und älteste bürgerliche Partei (1847 gegründet), vertritt die Interessen der Grossbourgeoisie.

Die Sozialdemokratische Partei (1870 gegründet) unterstützt in allen wichtigen Fragen die Politik der herrschenden Kreise. Die Katholisch-Konservative Partei (1912 gegründet) steht stark unter dem Einfluss des Vatikans.

Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, ein kleinbürgerliches Konglomerat.

Die Partei der Arbeit der Schweiz setzt die guten Traditionen der linken Kräfte der schweizerischen Arbeiterbewegung fort. Sie entstand 1944 durch Vereinigung der Kommunistischen Partei der Schweiz, die seit 1921 bestand und während des Zweiten Weltkrieges verboten war, mit einer Gruppe linker Sozialisten. Die Partei vertritt die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Sie fordert die Nationalisierung der wichtigsten Wirtschaftszweige, Demokratisierung des politischen Lebens (d. h. Beseitigung der Finanzoligarchie), Reduzierung der Rüstungsausgaben und Erhöhung der Ausgaben für soziale Zwecke.»

Abgesehen vom interpretatorischen Quatsch zeigt sich hier wiederum die Informiertheit der Herausgeber: Der Landesring der Unabhängigen, die Liberale Partei, die Evangelische Volkspartei und die Demokratische Partei werden überhaupt nicht erwähnt (wozu noch Gruppierungen kämen, die in der Bundesversammlung nicht vertreten sind).

In einem Anhang («Kleine Statistik») heisst es unter dem Stichwort «Administrative Gliederung»: «22 Kantone und drei Unterkantone.» Somit ergibt sich die Vorstellung von 25 Verwaltungseinheiten (im Textteil wird freilich die Souveränität der Kantone betont — und lächerlich gemacht), von denen drei offenbar den «Oberkantonen» unterstellt wären. Die hübsche Wortschöpfung «Unterkanton» findet sich übrigens auch im allgemeinen Teil.

Bemerkenswert ist dabei, dass die sachlichen Missgriffe Informationen betreffen, die mit einem Telephonanruf oder einem Blick ins Lexikon zu beschaffen gewesen wären.

Im Sozialsektor ist es auffallend, dass auf den Versuch verzichtet wird, das Elend der Arbeiterklasse darzustellen. Im Gegenteil ist die Unzufriedenheit mit den Schweizer Arbeitern deutlich:

«Die Schweizer Arbeiter können längst nicht auf so bedeutende revolutionäre Traditionen zurückblicken wie zum Beispiel ihre französischen Klassenbrüder; dazu trug bei, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz von je her guten Nährboden für Opportunismus und Revisionismus abgaben. So ist es bis heute geblieben.»

Aber Elend und Missstände müssen in einem kapitalistischen Staat bestehen. Und so wird wenigstens die Not der Landwirtschaft geschildert und die dortigen «Klassenkämpfe» hervorgehoben.

«Die Landwirtschaft kennt — der geschichtlichen Entwicklung des Landes entsprechend — keinen Grossgrundbesitz, wohl aber eine tiefgreifende Klassenzersetzung der Bauernschaft. Es gibt eine kapitalistische Grossbauernschaft, die über die meisten Produktionsmittel verfügt, und ausserdem mehr als 25 000 Wirtschaften mit weniger als 0,5 Hektar Betriebsgrösse.» Ueberdies aber wird die Schweiz von einem schrecklichen sozialen Missstand beherrscht: Es ist die Jugendfürsorge. Der Beweis wird anhand des Verdingkinderproblems gebracht. Dieser unrepräsentative Teil der Jugendfürsorge erhält einen eigenen Abschnitt und steht sinnbildlich für das angebliche Elend in der Schweiz.

Dabei leisten sich die Herausgeber einen besonders hübschen Scherz: Als Beweis für die heutige Situation wird ein «typisches» Inserat reproduziert. Wir veröffentlichen es unsererseits mit einem kleinen Hinweis auf seine Aktualität und wären dem Leser dankbar, der uns etwas über das ursprüngliche Erscheinungsdatum mitteilen könnte.

Die ostzonale Schrift beweist das Verdingkinderwesen mit dem Abdruck eines bernischen Inserats: «Die Armenbehörde Bernisch-Messen hat einen sechsjährigen Knaben zu verkostgelden. Näheres zu vernehmen beim Sekretär E. Leiser in Etzelkofen.» Eine Nachfrage des SOI ergab, dass der betreffende Sekretär E. Leiser 1956 im Alter von 91 Jahren gestorben ist. Selbst wenn er spät pensioniert worden wäre, dürfte das Inserat ein ehrwürdiges Alter aufweisen.

Partei

SBZ

Die stille Säuberung

329 Sekretäre in Büros der SED-Kreisleitungen, davon 66 Erste Sekretäre, die bei den «Parteiwahlen 1960» in diese Funktion «gewählt» worden waren, sind bereits vor Ablauf der zwei Jahre, für die sie nach dem Statut der SED in die Funktion gewählt werden, abgelöst worden. Die überwiegende Mehrheit dieser hauptamtlichen Sekretäre in SED-Kreisleitungen ist infolge «politisch-ideologischen» oder fachlichen Versagens innerhalb ihres Verantwortungsbereiches durch Beschluss übergeordneter Parteidienststellen aus der «Wahlfunktion» entfernt worden.

In den Büros der SED-Kreisleitungen der 223 politischen Kreise der Sowjetzone sind rund 1300 Kreissekretäre tätig. Seit der «Parteiwahl 1960» ist also ein Viertel der Zahl der Sekretäre ausgewechselt worden. Die Neuwahl der Leitungsorgane der SED in den Kreisen und Bezirken und ihrer Ersten und Zweiten Sekretäre sowie der weiteren Sekretäre findet zwischen dem 12. Mai und dem 8. Juli 1962 statt.

Leipzig, mit rund 580 000 Einwohnern die zweitgrösste Stadt der Sowjetzone, soll eine «Trabantenstadt» erhalten. Eine weitere Konzentration des Wohnungsbaues in der Stadt ist nach Ansicht der Leipziger Städteplaner nicht mehr zweckmässig. In Richtung Leipzig-Wurzen, bei Gerichshain, soll deshalb eine Trabantenstadt mit 15 000 Wohnungen für rund 35 000 Personen entstehen. Die Leipziger Städtebauer wollen sich bei der Verwirklichung dieses Planes weitgehend auf Erfahrung stützen, die sowjetischen Architekten bei der Anlage der Trabantenstadt Grukowo bei Moskau gemacht haben.

Erste Beratungen mit sowjetischen Spezialisten für Städtebau und Architektur und Vertretern der Sowjetzonen-Bauakademie haben kürzlich in Leipzig stattgefunden.

Sport

Ungarn

Umorganisation

In der Körperschaft, die den ungarischen Sport beherrscht, nämlich dem Rat für körperliche Ertüchtigung und Sport, ist es zu grösseren Veränderungen gekommen. Der bisherige Präsident wurde pensioniert, die Zahl der Vizepräsidenten verdoppelt und acht des zehn Mitglieder zählenden Rates durch neue Leute ersetzt.

Laut Radio Budapest hatte der Ratspräsident, Gyula Helyi, freiwillig seinen Posten zur Verfügung gestellt und um seine Pensionierung gebeten. Von Beruf Drechsler, hatte Hegyi das Amt des Präsidenten im Jahre 1957 übernommen. Er war bekannt für seine laxe und patriarchalische Einstellung gegenüber den Problemen des Sportes.

Sein Nachfolger im Amt ist Gyula Egri, dem nun die nicht leichte Aufgabe zufällt, dem ungarischen Sport wieder zu seinem verlorengegangenen Glorienschein zu verhelfen. Egri ist ein Parteifunktionär, der zuletzt Erster Parteisekretär des Bezirksparteikomitees in Baranya war. In der Zeit vor der ungarischen Volkserhebung hatte er auch schon höhere Parteiposten bekleidet. So war er Sekretär des ZKs der ungarischen KP und stellvertretender Innenminister. Es ist nicht bekannt, dass Egri irgendwelche Verbindungen zum Sport hätte.

Unter den neuen Vizepräsidenten befindet sich ein ehemaliger Major der berüchtigten Geheimpolizei AVA (AVO), Istvan Kutas, der zur Zeit des Ausbruchs der ungarischen Volkserhebung schon einmal ein Sportfunktionär war. Während der Revolution war dann seine «sofortige Abberufung» gefordert worden. Später wurde Kutas Redaktor der Sportzeitung «Nepsport».

Diese Umbesetzungen und Ernennungen deuten darauf hin, dass die ungarische Parteiführung entschlossen ist, die Ordnung im Sportleben wieder herzustellen und die Disziplin unter den Athleten zu stärken. Egri findet sicherlich die Unterstützung der Partei, wenn er zusätzliche Geldmittel für nötig erachtet und Kutas, der früher als politischer Vorgesetzter zwar übereifrig war, ist als besessener und äusserst tüchtiger Mann bekannt, wenn es sich um reine Sportangelegenheiten handelt.

Dem neuen Rat gehört auch «Suzi» Kormoczi an, seit 20 Jahren ungarische Tennismeisterin, die noch immer so gut in Form ist, dass sie auf einer kürzlich in England veröffentlichten Weltbestenliste den achten Platz einnimmt.

BRIEFE

Sportkontakte

Ihr Intermezzo mit dem bockigen Saaner F. P. F. (siehe Brief, KB Nr. 8) hat mich gejuckt. Ich finde doch er habe nicht ganz unrecht mit seinen Argumenten, mit Ausnahme der Abbestellung des Abonnements. Mir scheint, Ihre Kommentare seien stilmässig wirklich stark auf intellektuelle Leser eingestellt, auf keinen Fall etwa auf Leser des «Blick». Das soll keinesfalls ein Vorwurf sein. Nur frage ich mich, ob Sie damit auch die sogenannten breiteren Kreise erreichen, wie Sie dies sicher erhoffen. Mit anderen Worten: Sie stellen nicht geringe geistige Ansprüche an den Leser, was an sich richtig ist. Sie wünschen sich denkende Leser, damit tangiert man aber die Grenzen, wo das Reich der Masse beginnt. Da liegt auch die grosse Schwäche gerade der westlichen Welt. Tatsächlich gibt es sogenannte Intellektuelle, und nicht wenige, Nörgeler, Zweifler auf labilem Grund. Die Frage der Sportkontakte ist äusserst komplex. Ich kann Ihnen wirklich wenig Geschmack abgewinnen, da ja das wahre Wesen des Sportes noch viel mehr verfälscht wird als zuvor.

Dem Osten dient er einzig und allein dazu, seine Ueberlegenheit auch auf diesem Gebiete zu dokumentieren und entsprechend auszuwerten. Erst als die Millionen östlicher Sportmenschen in Aktion traten und demgemäss aus diesem ungeheuren Reservoir eine Elite sich herausbildete, legte die UdSSR so grossen Wert auf Teilnahme an den grossen Weltsportanlässen, vorher waren diese tabu. Ist schon der Amateursport heute eine sehr problematische Sache, so wird dieser noch vollends verfälscht durch die östliche Praxis: der Schaffung von Staatsamateuren. Schon vom rein sportlichen Gesichtspunkte aus, sind die Gewichte sehr ungleich. Und dann die menschlichen Kontakte, mit welchen alle Naiven argumentieren. Sicher erwünscht, wenn alles natürlich, normal zuginge. Unmöglich mit Mannschaften, die derart kontrolliert, überwacht werden und wie Häfelischüler am Strick gehen müssen.
Es ist mir unfasslich, wie man daraus etwas wirklich Positives zu gewinnen hofft: bzw. glaubt. Welches sind da die wirklich Blinden? Der Westen bringt es auch hier einfach nicht fertig, klar und sachlich zu denken und zu handeln. Dies meine persönliche Meinung. Sie stimmt also nicht völlig mit Ihrer überein. *R. S., Liebefeld*

Indem wir unter gewissen Bedingungen den sportlichen (wie übrigens auch den wirtschaftlichen und kulturellen) Beziehungen zu Ländern des Ostblocks zustimmen, befürworten wir damit noch nicht den Leistungssport oder den Professionalismus. Unsere Bedingung für alle Kontakte ist «Leistungskonkurrenz unter gleichen Voraussetzungen». Bezogen auf den Sport bedeutet diese Leistungskonkurrenz, dass bilaterale sportliche Wettbewerbe zu vermeiden sind, wenn kein ebenbürtiges Team für den Wettkampf zur Verfügung steht. Das heisst aber nicht, dass durch Abkehr vom Amateursport ebenbürtige Teams zu schaffen sind. Es drängt sich vielmehr eine Beschränkung auf solche Wettbewerbe auf, da wir aus traditionellen oder personellen Gründen das internationale Niveau zu erreichen vermögen. Die «gleichen Voraussetzungen» beziehen sich auf die staatsbürgerliche Schulung, die wir auch beim Sportler nicht vernachlässigen dürfen. Red. KB

Curriculum der Woche

ALEXANDER SEMJONOWITSCH PANJUSCHKIN

Der neue Vorsitzende der Abteilung für Beziehungen mit China im Zentralkomitee der KPdSU war laut westlichen Informationen von 1953 bis jetzt an leitender Stelle im KGB, dem sowjetischen Staatssicherheitsdienst beschäftigt.

Geboren 1905. Absolviert die Kriegsakademie in Frunze und schliesst 1938 ab. 1939 Bevollmächtigter des Rats der Volkskommissare der UdSSR in China zur Durchführung des Handelsvertrages. 1939 bis 1944 Botschafter in China (Tschiang Kai-scheks). 1945 leitende Funktionen im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. 1947 bis 1952 Botschafter in Washington. Wird darnach Botschafter in China (unterdessen kommunistisch), von wo er am 10. März 1953, fünf Tage nach dem Tod Stalins zurückberufen wird. Anscheinend widmet er sich hernach vor allem seiner Tätigkeit im Staatssicherheitsdienst. Kandidierendes Mitglied des ZKs der KPdSU seit 1952. Wird 1956 Mitglied der Zentralen Revisionskommission der KPdSU und 1957 Vorstandsmitglied der Gesellschaft für sowjetisch-chinesische Freundschaft.

Panjuschkin bekleidet den Rang eines Generals. Er gilt als Persona non grata in Peking, so dass seine jüngste Ernennung einem gewollten Affront Chruschtschews gegenüber Mao Tse-tung gleichkommen dürfte.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 7. März 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

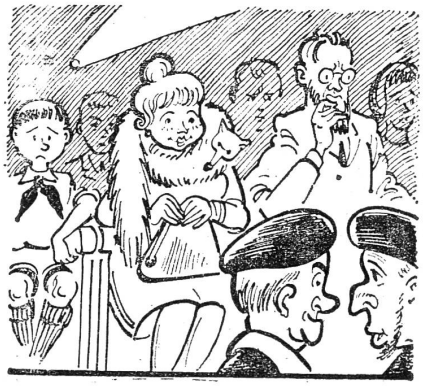
Aus einem Nazi-Album

gegen das Judentum könnte die hier wiedergegebene Zeichnung der «Komsomolskaja Prawa», der sowjetischen Jugendzeitung, stammen.

Dabei ist das Thema in dieser Hinsicht an sich völlig unverfänglich. Es geht um das Thema des guten und schlechten Films, wobei der letztere als Konzession an den Geschmack des dümmeren Publikumteiles gezeigt werde. Im Vordergrund sprechen zwei Filmproduzenten miteinander. «Sehen Sie diese Genossin?», sagt der eine zum andern und weist auf die Frau mit dem Gesichtsausdruck einer verspäteten Unschuld vom Lande. «Das ist das Durchschnittspublikum, nach welchem man die Produktion ausrichten muss. Der Witz wäre an sich weder sonderlich gut, noch sonderlich bemerkenswert. Aber eines ist frappierend: der gewissenlose Geschäftsschädling (und das ist nach kommunistischer Auffassung ein auf privaten Profit ausgehender Produzent) ist ganz genau so gezeichnet wie zur Zeit des tausendjährigen Reiches der Jude in den vergifteten Kinderbüchern eines Baldur von Schirach. Gerade weil thematisch kein Zusammenhang mit dem Antisemitismus besteht, ist das Bild so bezeichnend: So wird der Profiteur heute dargestellt.

Im übrigen geht die Kampagne gegen die «zionistischen Spione» (und sogar verstärkt gegen die jüdische Religion) in der UdSSR noch immer weiter. Sie richtet ihre Spitze wohl vornehmlich gegen Israel und seine Staatsangehörigen, gilt aber deutlich bemerkbar auch dem einheimischen Judentum, das man als potentielles Werkzeug der internationalen zionistischen Subversion hinstellt. Man wartet nur noch auf den Moment, da die Juden als Faschisten dargestellt werden!

In der Tat hatte sich die Parteipresse schon seit einiger Zeit heftig gegen literarische Werke gewandt, die an die Verfolgung der Juden durch die Nazis erinnerten. Die einzigen Opfer des «Faschismus» (das Wort «Nationalsozialismus» existiert im kommunistischen Sprachgebrauch wegen seines zweiten Teiles nicht) haben die Kommunisten zu sein. Das Hitlerregime war übrigens in kommunistischer Lesart nicht etwa totalitär, sondern nur imperialistisch, so wie es heute die Amerikaner sind. Und die Juden sind heute in der Sowjetunion Agenten des zionistischen Imperialismus. Es fehlt also nicht gar so viel zu einem der frechsten Stücke der kommunistischen angewandten Dialektik.



Unser Memo

Getreu dem Beispiel der «Iswestija» folgend (siehe KB Nr. 8, «Kontakthass») hat nun auch das tschechoslowakische Parteiorgan «Rude Pravo» zu einem längeren Angriff auf die Schweiz ausgeholt. Zur Debatte steht das gleiche Thema, die Ost-West-Kontakte auf wirtschaftlichem, kulturellem und sportlichem Gebiet, die «antikommunistische Hysterie» und die «Hetzjagd der reaktionären antikommunistischen Kräfte». Das Thema wird zum Teil mit genau gleichen Wendungen behandelt wie im sowjetischen Regierungsblatt, wenn auch die Beispiele mit Vorfällen in Beziehungen zwischen schweizerischen und tschechoslowakischen Stellen ergänzt werden.

Wiederum taucht das Motiv auf, dass die Ostkontaktgegner in der Schweiz sich der Methoden der hitlerschen SA bedient hätten, und dass in der Schweiz die Befürchtung vor faschistischem Denken und faschistischen Methoden um sich greift. Und dazu kann sich auch «Rude Pravo» auf schweizerische Pressestimmen berufen. (Die Boykottaufforderung von Studenten gegen Geschäfte mit Ostwaren war dem Nazivorgehen gegen jüdische Ladeninhaber als Auftakt zum Massenmord gleichgestellt worden. Nur, dass die Massenmorde heute im kommunistischen Totalitarismus weitergeführt werden, wo die Antikommunisten die Rolle spielen, die den Juden in Nazideutschland zufiel.)

Nun, es ist eine Tatsache, dass diese Auslegung in der Schweiz ihren Beginn genommen hatte. Dass sie die Dinge auf die unglaublichste Art umkehrt, ist evident. Darüber seien hier keine weiteren Worte verloren. Psychologisch interessant wäre es immerhin zu erfahren, was diese Interpreten einer studentischen Aktion zu einem Fall sagen würden, der gleich gelagert wäre, aber mit anderen Formen des Totalitarismus zu tun hätte. Nehmen wir beispielsweise an, es würde heute bekannt, dass in den dreissiger Jahren Studenten zum Boykott eines Händlers in der Schweiz aufgefordert hätten, der etwas annähernd so Herausforderndes aus Hitlerdeutschland verkauft hätte, wie es kommunistischer Christbaumschmuck ist. Es ist sehr viel gegen sehr wenig zu wetten, dass der Kommentar aus den gleichen Federn sehr ungleich ausfallen würde. Was ist der Unterschied? Fehlt es dem Kommunismus an der Grausamkeit und Gefährlichkeit des Nationalsozialismus? Nein, und dieser Punkt war auch von den betreffenden Kommentatoren im Prinzip nicht bestritten. Aber vielleicht liegt der Unterschied nicht im Wesen der Totalitarismen, sondern nur in ihrem Zeitpunkt. Der Nationalsozialismus ist Vergangenheit, der Kommunismus ist Gegenwart. Als der Nationalsozialismus Gegenwart war, richteten sich manche auf die Möglichkeit ein, dass er Zukunft sein könnte...

*

Zur Belebung des jugoslawischen Handelsverkehrs mit Italien und Oesterreich wird eine neue Messe dienen, die «Alpen-Adria», die im April in Ljubljana stattfindet. Jugoslawischerseits würden sämtliche Wirtschaftsorganisationen das Recht haben, Geschäfte abzuschliessen. Die «Alpen-Adria» stellt nicht nur eine Mustermesse dar, sondern bietet auch die Möglichkeit zu Sofortkäufen, wovon man sich eine erhebliche Umsatzsteigerung verspricht.

Wirtschaft

Ostblock

Unter Halbbrüdern

Die kommunistische Wirtschaftstheorie («Kleines Wirtschaftswörterbuch» von G. A. Koslow und S. P. Perwuschin, Moskau 1958) bezeichnet die Konkurrenz als eine üble Erscheinung der kapitalistischen Marktwirtschaft, die in den Ostblockstaaten restlos beseitigt worden ist. Die Praxis sieht aber anders aus. Als jüngstes Beispiel dafür können die österreichisch-ungarischen Handelsbeziehungen angeführt werden, wo im vergangenen Jahr die ungarischen Exporte nach Oesterreich deshalb einen Rückgang von 25 Prozent erfahren haben, weil die ungarischen Lebensmittelangebote von anderen Oststaaten erheblich unterboten wurden, worauf sich die österreichischen Importeure den billigeren Möglichkeiten zugewandt haben. Ebenso konkurrieren auch die sowjetischen und polnischen Lebensmittel am englischen Markt, oder die Fahrradindustrien fast aller Ostblockländer, die ihre Produktion schon aus Devisengründen vor allem an den freien Märkten absetzen möchten.

Damit ist Ungarn der dritte Staat im Sowjetblock, der mit Albanien Handelsbeziehungen aufnimmt, seit die Spaltung zwischen Tirana und Moskau im vergangenen Oktober öffentlich bekannt wurde.

Polen und Albanien unterzeichneten am 18. Januar in Warschau ein Protokoll für 1962, und am 24. Januar berichtete Radio Tirana, dass eine tschechische Delegation in der albanischen Hauptstadt eingetroffen sei, um ein ähnliches Handelsabkommen zu besprechen. Das Ergebnis dieses Besuches ist nie bekanntgegeben worden.

Versorgung

Sowjetunion

Aus dem Westen

Nach Fleischimporten aus Neuseeland wird nun die Sowjetunion auch von Uruguay 15 000 Tonnen Rindfleisch und 5000 Tonnen Schaffleisch als Gefrierfleisch einführen. Der Gegenwert von zirka 7 Millionen Dollar soll, wie verlautet, bis zu 66 Prozent mit Oellieferungen beglichen werden.

Diese bedeutenden Käufe sind ein weiterer Beiweis des Versagens der sowjetischen Landwirtschaft, die ihren Plan schon seit Jahren nicht erfüllen kann. Dazu sei noch bemerkt, dass laut einer Veröffentlichung des bekannten sowjetischen Wirtschaftswissenschafters S. Strumilin, zur Erfüllung des Siebenjahresplanes (1959/1965) auf dem Gebiet der Fleischerzeugung die Jahresproduktion bei Rindfleisch auf das 3,2fache und bei Schaffleisch auf das 1,5fache des Produktionsdurchschnittes des vorherigen Fünfjahresplanes (1952/1958) ansteigen müsste. Nur war in den vergangenen drei Jahren eine entgegengesetzte Tendenz zu vermerken.